

1. Der Rat der Stadt Rheinbach beschließt die Ergebnisse der von ihm eingesetzten "Arbeitsgruppe Demographischer Wandel" des Ausschusses für Generationen, Integration und Soziales.
Er beauftragt bzw. bittet die im Bericht als zuständig vorgeschlagenen Stellen um deren Umsetzung. Im Herbst 2013 legt die Verwaltung dem Rat über den Ausschusses diesbezüglich einen ersten Sachstandsbericht vor.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf den Vorlagen für den Rat und die Ausschüsse künftig unter der Überschrift "Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen" Stellung zu der entsprechenden Prüfung des Sachverhaltes zu nehmen.
Bei der Klärung der Frage der Relevanz einer Maßnahme bzw. eines Projektes der Stadt bzw. einer Rats- oder Ausschussvorlage für Senioren und Menschen mit Behinderung ist ein strenger Maßstab anzulegen.
Bei Verweisung von Anträgen durch den Rat sind auch besonders die Belange des Ausschusses für Generationen, Integration und Soziales zu berücksichtigen.